

Rede Gedenkveranstaltung „Für die Opfer des Faschismus“ auf dem Westfriedhof Augsburg, 1. November 2001

(Friedbert Mühdorfer)

Einfach ein Traum- Wir wachen auf, schlagen in Geschichtsbüchern nach, durchwühlen Aktenbestände und stellen fest, dass tatsächlich alles nur ein Alptraum war! Die Zeit zwischen 1933 und 1945 gab es einfach nicht, es gab keine Nazis, es gab keine Verbrechen nichts. Die Erleichterung wäre grenzenlos.

Aber es ist umgekehrt, wenn wir heute aufwachen. Wir kennen die Bilder des Grauens. Wir kennen sie von den Berichten der überlebenden KZ-Häftlinge, wir kennen sie spätestens, seit die Soldaten der Alliierten die Konzentrationslager befreiten.

Mit dieser Wirklichkeit haben wir uns seitdem auseinander zu setzen. Mag der Wunsch, doch endlich diese Nazi-Vergangenheit ruhen zu lassen, noch so groß sein - er ist auf absehbare Zeit nicht erfüllbar. Nicht, weil es Gedenktage und Gedenkveranstaltungen wie diese heute gibt, weil Organisationen wie die VVN-BdA oder die Gewerkschaften die NS-Vergangenheit immer wieder zum Thema machen. Nein, nicht diese sogenannten „Nestbeschmutzer“ sind schuld.

Denn noch leben jüdische Frauen und Männer, noch leben Zigeunerkinder, die nur knapp den Gaskammern entgingen, leben Ehepartner der Ermordeten, leben Kinder und Enkel. In ' Familien, in denen derartiges geschehen ist, ruht die Vergangenheit noch lange nicht. Auch nicht in den Erinnerungen der Frauen und Männer, die hier in Deutschland verfolgt wurden. Allein dieses Gedenken an die Opfer macht jeden Schlussstrich unmöglich.

Ob wir wollen oder nicht- Die Vergangenheit ist Teil unseres Lebens heute. Sie ist zu spüren auch in unserer Gegenwart- ob in der Debatte um die Entschädigung der Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, ob in den antisemitischen Schmierereien an einer Baracke der KZ-Gedenkstätte in Dachau vor wenigen Wochen, ob in den Schlagzeilen der „Nationalzeitung“, die immer noch wöchentlich in den Zeitungskiosken aushängen.

Nein, da nützt kein Ohren- und Augen-Zuhalten, kein Schimpfen auf sogenannte „Nestbeschmutzer“, nicht mal die Weigerung des Stadtarchivs Gersthofen, Schülern Akteneinsicht in Dokumente zur NS-Geschichte zu erlauben. Ob wir wollen oder nicht: Diese Vergangenheit ist Teil unseres Lebens. Umso beschämender ist es eben deshalb, wenn sich der Bürgermeister von Gersthofen weigert, ehemalige ZwangsarbeiterInnen offiziell zu empfangen.

Und so ist das Gedenken an die Opfer immer auch gleichzeitig ein Nachdenken über das Heute. Zuallererst die Aufforderung, sich immer wieder mit den neofaschistischen Gefahren auseinander zu setzen.

Aber das Nachdenken über die Nazizeit kann auch helfen, den Blick zu schärfen für das politische Handeln heute. Sicher, ein Rezeptbuch ist Geschichte nicht, auch vor vorschnellen Parallelen sollte gewarnt werden. Aber hellhörig muss es uns machen, wenn wieder einmal, diesmal vom Kanzler, das endgültige Ende der Nachkriegszeit verkündet wird, verbunden mit der Hoffnung, nun endlich unbelastet von der deutschen Vergangenheit als Großmacht weltpolitisch agieren zu können.

Für uns Antifaschisten dagegen ist die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus kein Hemmschuh, sondern eine Chance. Wir pochen auf die Erfahrungen, welche die Frauen und Männer des Widerstandes machen mussten und machen konnten. Und diese Erfahrungen waren Richtschnur für die demokratischen Kräfte aller Parteien, als es galt, in den ersten Nachkriegsjahren ein neues, friedliches, demokratisches Deutschland zu schaffen. Woran können wir uns heute erinnern, gerade angesichts der Ereignisse nach dem furchtbaren Terroranschlag in den USA ?

Zu erinnern ist erstens an die Erkenntnis der Mitglieder der „Weißen Rose“, die wirklichen Ursachen von Faschismus und Krieg zu beseitigen. In ihrem vorletzten Flugblatt vom Februar 1943 formulieren sie als Forderung für ein Leben nach dem Krieg u.a.: „Jedes Volk, jeder einzelne hat ein Recht auf die Güter der Welt!“ Mit dieser geradezu prophetischen Forderung machten sie klar, dass es zur Vermeidung künftiger Kriege darum gehen müsse, allen Menschen die Wohltaten dieser Welt zuteil werden zu lassen. Nicht die Person Hitlers also war für sie Ursache, sondern die soziale Ungerechtigkeit. Sollte man nicht an diese Erkenntnis denken, um heute die wirklichen Ursachen von Terrorismus zu beseitigen? Sollte man also nicht wenigstens jetzt diesen frühen Ruf der „Weißen Rose“ nach einer gerechten Weltwirtschaftsordnung beherzigen, statt die Entwicklungshilfe weiter zu kürzen und dafür den Waffenexport zu steigern?

2. Der Schwur der überlebenden Häftlinge lautete 1945 nicht nur „Nie wieder Faschismus“, Er lautete gleichermaßen: „Nie wieder Krieg“. Für die Überlebenden gehörte beides zusammen, und sie waren überzeugt, dass Krieg durch nichts zu rechtfertigen sei. In allen Parteien, in der gesamten Bevölkerung war in den ersten Nachkriegsjahren klar: Nie wieder Waffen, nie wieder deutsche Soldaten! Und selbst nach der Aufstellung der Bundeswehr 10 Jahre später war im Grundgesetz das Verbot eines Angriffskrieges - und auch der Beteiligung daran -

festgelegt, und festgelegt wurde auch, dass diese Armee nie mehr im Inneren eingesetzt werden dürfe, sondern nur der unmittelbaren Landesverteidigung zu dienen habe.

Sollte man nicht an diese Lehren aus der deutschen Geschichte denken, wenn Regierungspolitiker fast darum betteln, Bundeswehr auch in Afghanistan einsetzen zu dürfen? Wenn Oppositionspolitiker fordern, zur Verbesserung der inneren Sicherheit die Bundeswehr eben auch im Inneren verwenden zu wollen? Ist denn das Verbot eines Angriffskrieges vereinbar mit der Zustimmung zur Bombardierung von Krankenhäusern und Wohnvierteln und der Zustimmung zur Verwendung von eigentlich geächteten Streubomben in Afghanistan?

3. Das Grundgesetz ist nicht bloß eine Sammlung von Verfassungsartikeln, sondern ist ausdrücklich geronnene Erfahrung mit der Nazizeit. Deshalb sollten wir uns gerade angesichts der gegenwärtigen Debatten über die innere Sicherheit an die Hintergründe zweier Verfassungsprinzipien erinnern: Das ist zum einen die Vorrangstellung der Grundrechte des einzelnen Bürgers. Diese Grundrechte sollen den Bürger vor staatlicher Willkür schützen, nicht umgekehrt. Und weil der Nazistaat eben willkürlich ins Leben der Bürger eingreifen wollte, wurde mit dem Reichssicherheitshauptamt eine zentrale Stelle für die gesamte Polizei und für die Geheimdienste geschaffen. Damit war die Trennung von Polizei und Justiz und Geheimdienst aufgehoben, war jede Kontrolle unmöglich.

Und heute? Allein der Vorschlag, das Bundeskriminalamt künftig ohne jeden Anfangsverdacht gegen jeden beliebigen Bürger ermitteln zu lassen, ohne Kontrolle, ohne Auskunftsrecht, ist ein Skandal und zeigt nur, wie weit geschichtliche Erfahrungen verdrängt werden.

Aber noch bedrohlicher ist etwas anderes: Obwohl jeder weiß, dass Terrorismus kein Wesensmerkmal von Ausländern und kein Kennzeichen islamischer Religion ist, konzentrieren sich die Maßnahmen zur inneren Sicherheit auf Ausländer. Spezielle Ausweise, spezielle Kontrollen, spezielle Erfassung ausländischer Vereine, eingeschränkte Rechtsmittel - all das ist nicht vereinbar mit dem zentralen Verfassungsgrundsatz überhaupt: dem gleichen Recht, der gleichen Würde aller Menschen. Es heißt eben nicht: Die Würde des Deutschen ist unantastbar. Es täte den verantwortlichen Politikern und auch vielen Journalisten gut, sich daran zu erinnern, dass in Deutschland bereits einmal zwischen richtigen deutschen „Staatsbürgern“ und anderen Menschen unterschieden wurde, dass der Pass nicht für alle gleich war, weil in manche noch ein „J“ hineingestempelt wurde, dass manche Menschen zur besseren und schnelleren Ausgrenzung sich ein gelbes Stück Stoff auf die Kleidung nähen mussten.

Wie schon gesagt: Es geht nicht um eine vorschnelle Gleichsetzung von damals und heute. Aber es ist so wichtig, sich immer wieder den Kern der Nazi-Ideologie vor Augen zu halten: Die Ausgrenzung anderer und die eigene Aufwertung. Demnach gibt es Menschen, die weniger Lebensrecht haben und andererseits Menschen, die das Recht haben, auf deren Kosten zu leben. Das ist der Kern von Rassismus, der Kern von Antisemitismus, der Kern von Nationalismus.

Warum erscheinen diese einfachen Sätze so selten in öffentlichen Reden? Weil sie der Prüfstein wären für unser heutiges Leben, für unseren heutigen Umgang miteinander. Und weil sie, immer wieder ausgesprochen, eben deutlich machen würden, was auch Wirklichkeit ist in unserem Land:

Tagein, tagaus werden Ausländer diffamiert und ausgegrenzt, von Politikern in Wahlreden genauso wie im Alltag am Arbeitsplatz

Die Zahl rechtsextremistischer und antisemitischer Straftaten hat nicht abgenommen, sondern auch in Bayern zugenommen, die jüngste vor wenigen Tagen.

Tagtäglich betteln Asylsuchende in den Abschiebezellen unserer Flughäfen vergeblich um Schutz vor Verfolgung und Folter.

Tagtäglich werden sozial Schwache, Obdachlose, Arbeitslose als Drückeberger und Sozialschmarotzer diffamiert.

Und nun also die neue Debatte um innere Sicherheit. Erste Folgen sind bereits spürbar: verstärktes Misstrauen gegen ausländische Bürger, Fortdauer von Brandanschlägen auf Heime von Asylbewerbern, neue Ausgrenzung. Das Plakat der Münchner CSU, das Terroristen und Ausländer und Sozialhilfeempfänger und die Stadt München munter vermischt, ist kein Ausrutscher, sondern zeigt die Konsequenz solcher Maßnahmen: Aufbau neuer, also alter Feindbilder. Das umgekehrte Signal wäre notwendiger denn je, nämlich gerade jetzt das Aufeinander-Zugehen von Deutschen und Ausländern, die Gewährung gleicher Rechte, die Humanisierung des verstümmelten Asylrechts.

Ja, Erinnerung tut not. Dabei brauchen wir nicht zu warten auf die Aufmärsche neuer Braunhemden und SS-Horde. So beginnt keine neue Barbarei mehr bei uns. Weit gefährlicher ist die schleichende Veränderung unserer Gesellschaft, die alltägliche Barbarei unter dem Deckmantel von Recht und Ordnung und Sonntagsreden.

Und ganz im Stil der „Herrenrasse“ mehren sich die Versuche, auch nach außen hin unbelastet von Vergangenheit nun endlich als „selbstbewußte Nation“ auftreten zu können, mit der ganzen Macht der Wirtschaft und des Militärs, unbelastet von der Vergangenheit. Es gab keinen Aufschrei, als der Generalinspekteur der Bundeswehr, Naumann, formulierte: „Es gibt zwei Währungen in der Welt: wirtschaftliche Macht und die militärischen Mittel, sie durchzusetzen“. Und tatsächlich ist Erinnerung an Geschichte nur hinderlich, wenn es gilt, die Bundeswehr in allen Teilen der Welt einzusetzen oder den Platz als einer der größten Rüstungslieferanten zu festigen. Und wenn dann die Menschen der dritten Welt vor den Kriegen und den Waffen fliehen und bei uns anklopfen, um Schutz zu suchen, schließt sich der Kreis einer Ellenbogengesellschaft, welche Ausgrenzung an die Stelle von Solidarität setzt. Ja, für eine solche Gesellschaft ist Erinnerung nur hinderlich.

Aber es ist gut zu wissen, dass die Gesellschaft eben nicht nur so ist, dass es viele Menschen gibt, die auch heute anders handeln, die Mitmenschlichkeit an die Stelle von Verrohung setzen, die tatsächlich die Menschenrechte als unteilbar begreifen, gültig für alle, unabhängig von Hautfarbe und Religion und Geldbeutel, Und die sich deswegen auch dagegen wehren, Geschichte ganz zu verdrängen oder unter dem Deckmantel von Sonntagsreden eben stillschweigend zu entsorgen. Wer sich heute mit der Nazivergangenheit beschäftigt, braucht keine Schuldgefühle zu haben. Es ist aber die Chance, am Extremfall menschenverachtender Politik zu lernen, wie diese im Alltag vorbereitet und von Menschen wie Du und ich geduldet wird. Es ist aber auch die Chance, am Beispiel von Frauen und Männern zu lernen, wie man sich dagegen wehren kann. Das könnte dann jene Mischung aus wirklichem Selbstbewußtsein und Zivilcourage ergeben, die wir heute dringender brauchen denn je.